

Wer soll das bezahlen?

Wer sollte für die Kosten der Krise aufkommen –
und wer kommt dafür auf?

Christian Lager
Institut für Volkswirtschaftslehre
Universität Graz

Diagnose und Therapie

- Diagnose und Therapie
 - Krise reduziert Beschäftigung und Wachstum → dadurch Reduktion der Steuereinnahmen + höhere Sozialausgaben → Budgetdefizite in den nächsten Jahren;
 - Wie, wie stark und wann sollte konsolidiert werden? Auswirkungen?
 - Was wird tatsächlich getan?

Zwei Betrachtungsweisen

- **Normative Analyse** – Was wäre „gerecht“?
- **Positive Analyse** : Welche Maßnahmen
 - sind wachstumsfördernd
 - sichern die Beschäftigung
 - sind krisenpräventiv, bzw.
 - haben sonstige erwünschte Eigenschaften
(Verbessern die LB, Reduzieren public bads, ...)
 -

Die Quadratur des Kreises

Wie können wir das Budget konsolidieren ohne die konjunkturelle Erholung zu stören? Wie können wir zukünftige Krisen verhindern?

➔ Was verursacht Krisen?

- **Neoklassisch/Neoliberale Antwort** (Mises, Hayek, Friedman, Lucas): „**Märkte wären ja grundsätzlich stabil – Krisen werden vom Staat verursacht!**“
- **Keynesianische Antwort**: „**Märkte sind grundsätzlich instabil – Krisen sind Ausdruck eines Mangels an effektiver Nachfrage**“

Die Ursachen der Krise

- **Zunehmende Globalisierung**
- **Zunehmende Ungleichgewichte**
 - Makroökonomische Ungleichgewichte zwischen Staaten
 - Mikroökonomische Ungleichgewichte zwischen Personen
- **Zunehmende Finanzialisierung**
- **Zunehmende Neigung zu Finanzblasen und**
- **Zunehmender Mangel an effektiver Güternachfrage**

Zunehmende Globalisierung der Produktion und des Kapitalverkehrs

 Abbau von Handelshemmnissen (GATT, WTO)

 Freier Kapitalverkehr

 Zunehmende Erpressbarkeit der Staaten

- Wettbewerb um Betriebsansiedelung → Zunehmendes Förderunwesen
- Wettbewerb um Steuereinnahmen:
- Schlanker Staat

 Zunehmende Erpressbarkeit der Arbeitnehmer und deren
Vertreter

- Offshoring
- „wettbewerbsfähige“ Löhne
- Zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich

Zunehmende Ungleichgewichte: Makroökonomische Ungleichgewichte zwischen Ländern

Überschussländer Japan, China, D, RU, CH, ... Österreich	Defizitländer USA, Spanien, UK
Produzieren zu viel == Verbrauchen zu wenig für Konsum und/oder Wachstum	Produzieren zu wenig == Verbrauchen zu viel
<ul style="list-style-type: none"> ➔ Güterexporte ➔ Leistungsbilanzüberschuss 	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Güterimporte ➔ Leistungsbilanzdefizit
Sparen zu viel == konsumieren und investieren zu wenig	Konsumieren und investieren zu viel == Sparen zu wenig
<ul style="list-style-type: none"> ➔ Kapitalexporte (Gläubiger) ➔ Kapitalbilanzdefizit 	<ul style="list-style-type: none"> ➔ Kapitalimporte (Schuldner) ➔ Kapitalbilanzüberschuss

Kumulative Leistungsbilanz (1980-2008)

Überschussländer			Defizitländer		
1.	Japan	2.747.943	1.	USA	-7.335.869
2.	China	1.521.887	2.	Spain	-773.443
3.	Germany	1.047.328	3.	United Kingd.	-695.155
4.	Russia	613.978	4.	Australia	-529.031
5.	Switzerland	596.977	5.	Mexico	-263.667
6.	Netherlands	523.055	6.	Italy	-262.901
	EURO-Zone	457.925	7.	Greece	-249.371
7.	Saudi Arabia	451.337	8.	Brazil	-220.506
8.	Norway	444.011	9.	Turkey	-192.089
9.	Taiwan	365.121	10.	Portugal	-187.217
10.	Kuwait	346.713	14.	Hungary	-91.720
11.	Singapore	309.727	15.	Romania	-89.819
12.	United Arab Emirates	257.365	18.	Canada	-56.757
13.	Sweden	232.236	23.	Czech Republic	-47.131
16.	Belgium	186.513	29.	Croatia	-30.039
21.	France	111.443	30.	Serbia	-26.927
24.	Finland	85.127	31.	Lithuania	-25.820
26.	Denmark	44.564	32.	Latvia	-23.392
34.	Austria	14.919	34.	Iceland	-21.983

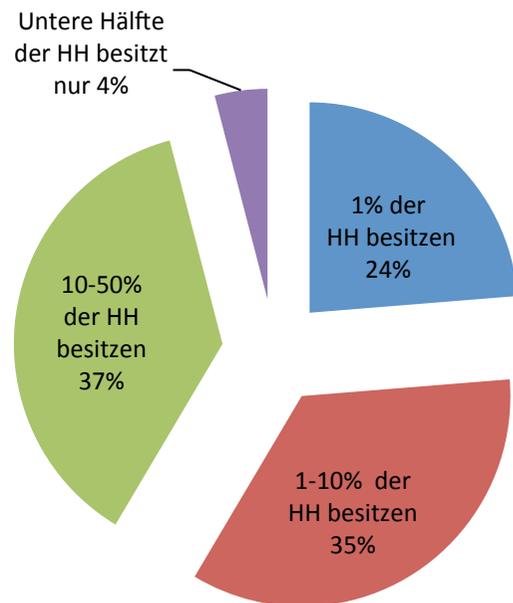
Quelle: IMF: World Economic Outlook, 2009

Zunehmende Ungleichgewichte:

Mikroökonomische Ungleichgewichte zwischen Personen u. HH

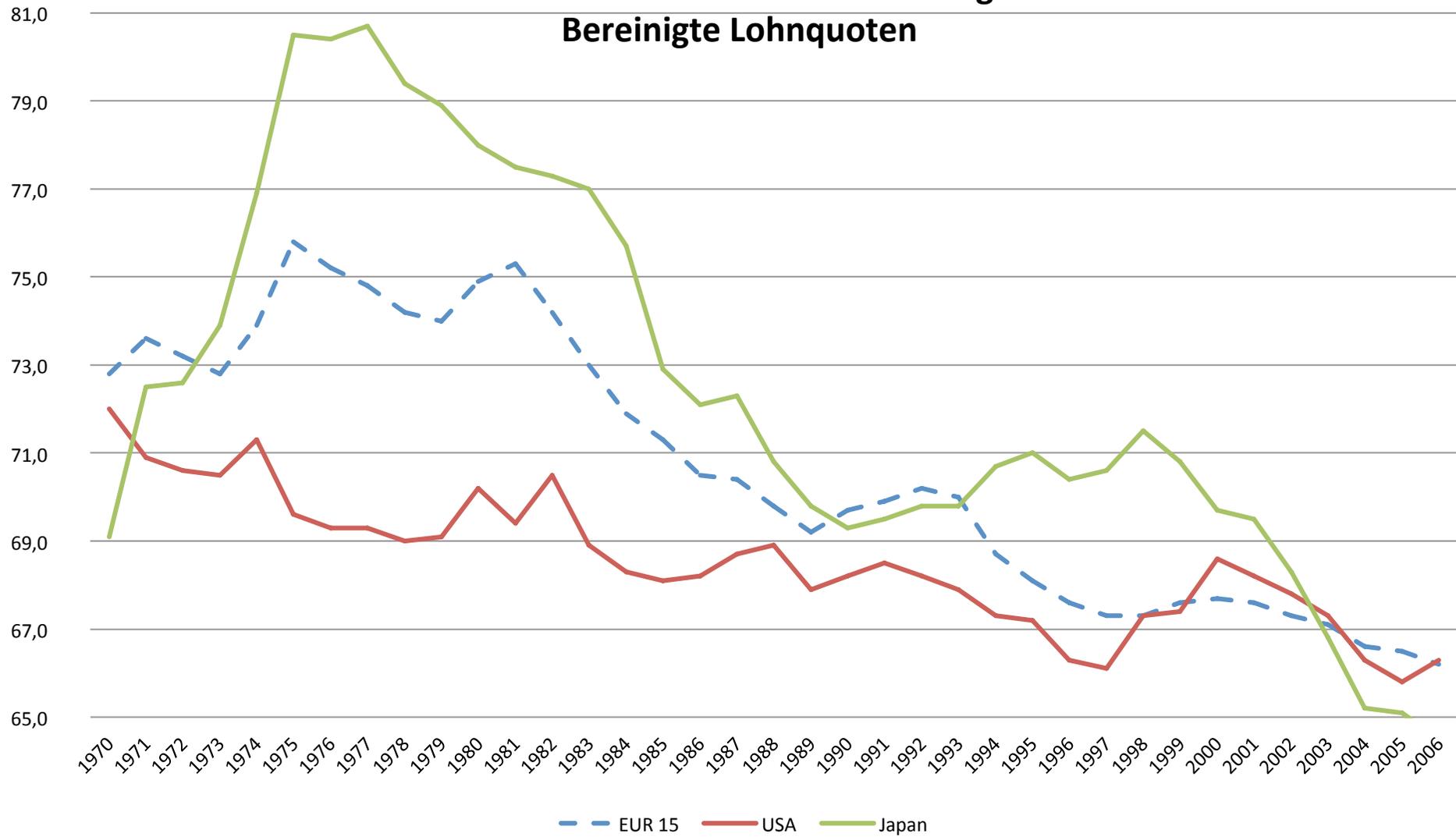
- ↳ **Vermögenskonzentration** in den Händen weniger → freie Vermögen → Nachfrage nach Vermögenswerten → Spekulation → Blasenbildung → Finanzkrisen
- ⊠ **Einkommenskonzentration** bei wenigen → **Mangel an effektiver Nachfrage** bei vielen; (Zunehmende Ersparnis und reduzierte Konsumnachfrage)
- ⊠ **Das Sparparadoxon**: Individuelles Sparen steigert das individuelle Einkommen - kollektives Sparen reduziert die Nachfrage, die Produktion und das kollektive Einkommen
- ⊠ **Neoklassisch/-liberale Antwort**: Aber mit Ersparnissen können die Investitionen finanziert werden - Sparen ist gut für das Wirtschaftswachstum
- ↳ **Das globale Sparparadoxon** – wenn alle Länder „sparen“ wird kein Land importieren sondern versuchen seine Produkte zu exportieren → kein Land kann exportieren wenn kein Land importiert → Unterkonsumtion – Überproduktion → Krise.

Verteilung des privaten Vermögens in Österreich

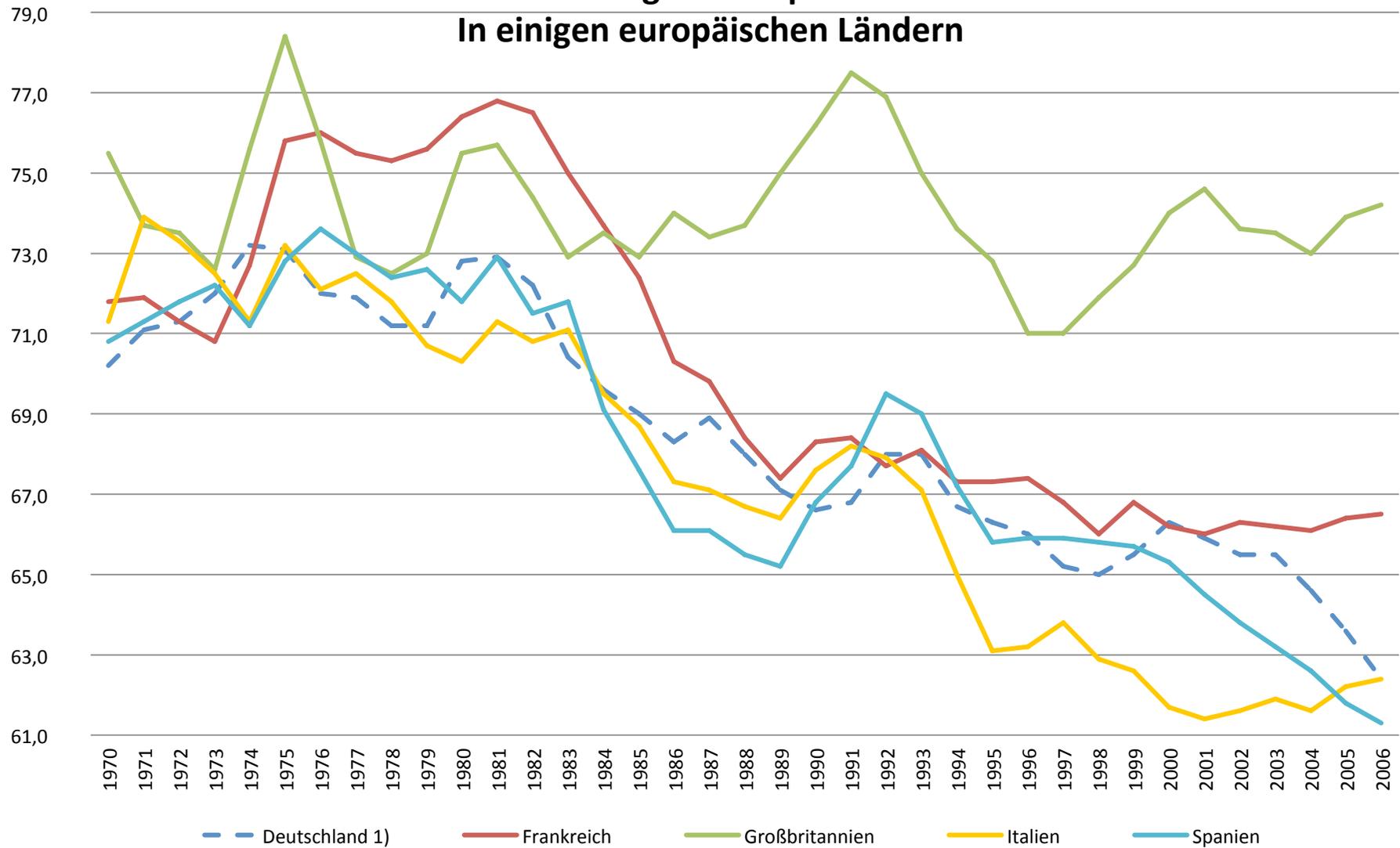


	Geld- vermögen	Immobilien- vermögen	Geld- und Immobilien
Top 0,1% der HH besitzt	8%	-	-
Top 1% der HH besitzt	27%	22%	24%
Top 10% der HH besitzt	54%	61%	59%
Top Drittel der HH besitzt	80%	86%	84%
Untere Hälfte d. HH besitzt	8%	2%	4%

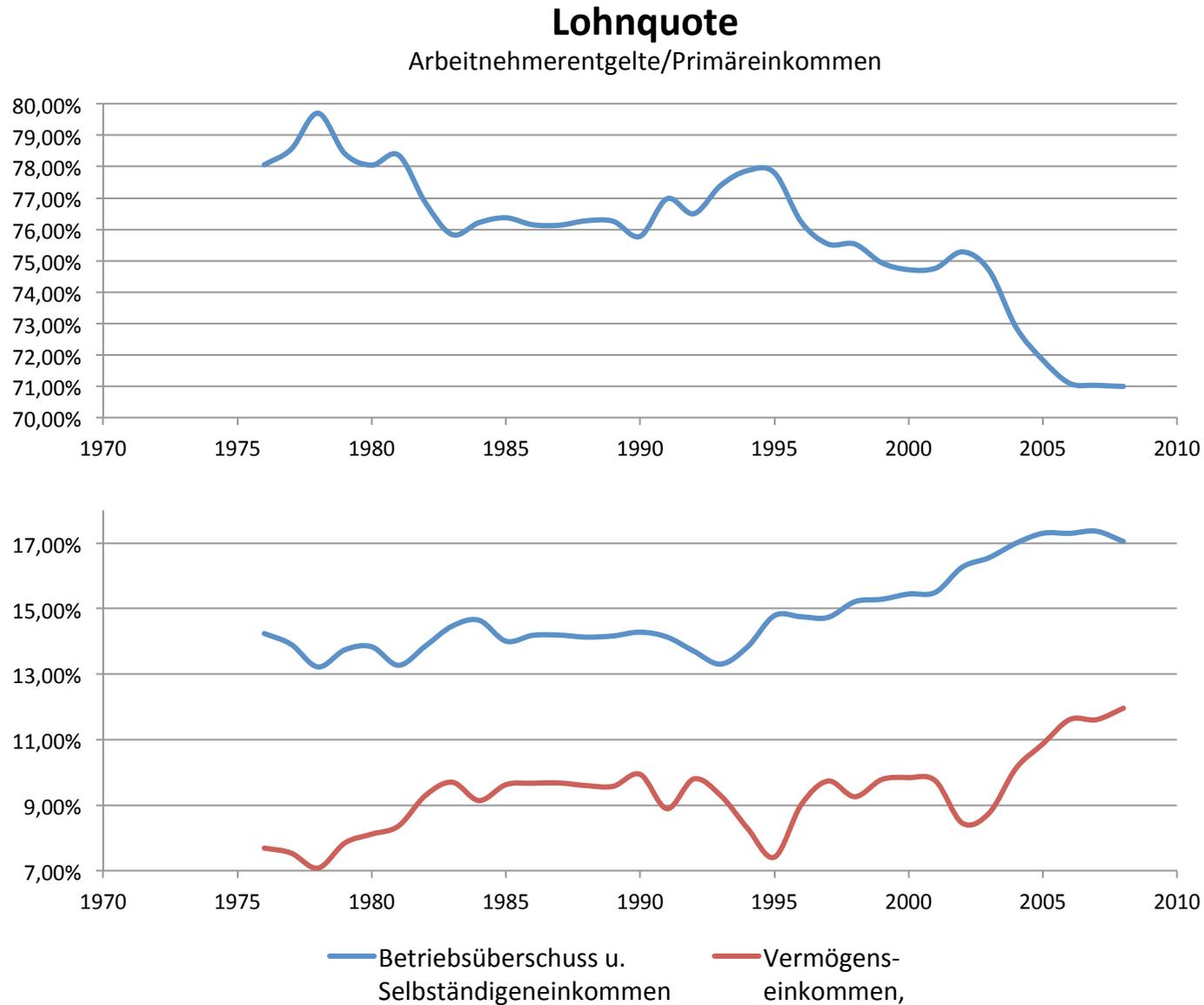
Funktionale Einkommensverteilung: Bereinigte Lohnquoten



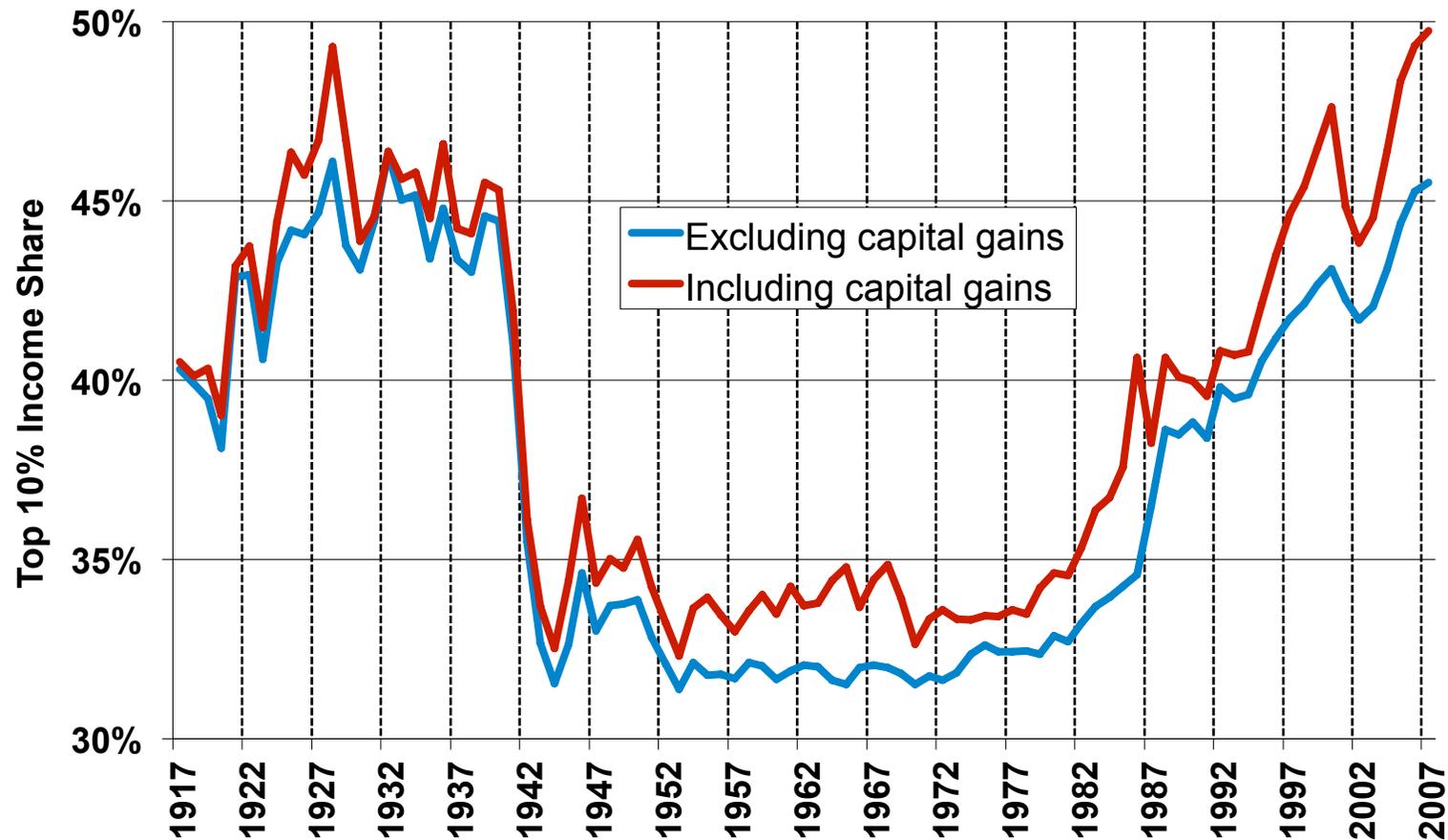
Bereinigte Lohnquoten In einigen europäischen Ländern



Primäreinkommensquoten in Österreich

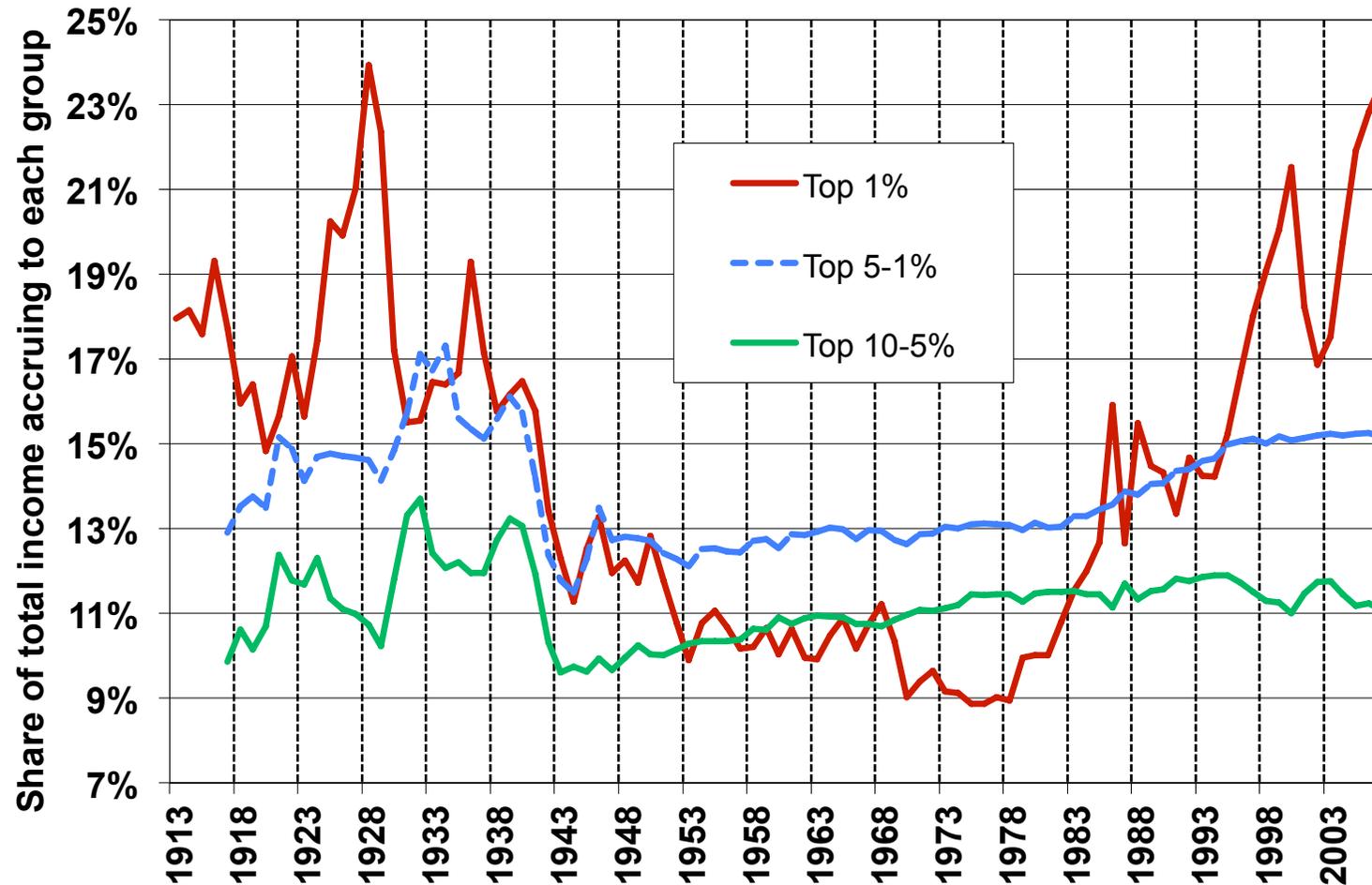


Anteile der reichsten 10% in den USA am Brutto-Einkommen insgesamt



Quelle: Piketty and Saez (2006) rev. 2010

Anteile der USA-Superverdiener



Quelle: Piketty and Saez (2006) rev. 2010

Grundsätze einer erfolgversprechenden Wirtschafts- u. Konsolidierungspolitik in bzw. nach der Krise

- Mehr Mut zu einem **stärkeren Staat**.
- **Budgetkonsolidierung wirkt grundsätzlich restriktiv** und kann die Konjunktur abwürgen
- **Ausgabenseitiges „Sparen“ wirkt i.d.R. restriktiver** als vernünftige Steuererhöhungen. Wenn schon „Sparen“ dann nachfrageschonend
 - ➔ Nicht bei den sozial Schwachen;
 - ➔ Bei der Sparförderung, Parteienförderung, bei ineffizienter Verwaltung, beim überzogenen Föderalismus, bei unnützen Investitionen (Abfangjäger), ...
- **Vernünftige Einnahmeseitige Maßnahmen** (Steuern, SV-Beiträge) sind besser geeignet – wenn sie die effektive Nachfrage wenig reduzieren
- **Internationale Koordination der Fiskal- und der Sozialpolitik**
 - Vermeidung von ständigen Exportüberschüssen ➔ keine beggar-thy-neighbour-Politik
 - Vermeidung und Abbau von Steuerwettbewerb
 - Vermeidung von Sozialabbau

Ausgabenseitige Budgetkonsolidierung durch „Sparen“

Ein gefährlicher Weg

- **„Sparen“** bedeutet i.d.R. eine **Reduktion öffentlicher Leistungen**
- **„Sparen“** (nicht Steuern) **trifft den „Mittelstand“** und schont die Eliten
- **„Sparen“** reduziert die öffentliche Nachfrage und **würgt die Konjunktur ab**
- Ein Blick auf die **volkswirtschaftliche Saldenmechanik**:
 - **Haushalte sparen** und sind Gläubiger → stellen Finanzierungsmittel zur Verfügung
 - **Unternehmen** (und Staat) **investieren** → verwenden die Finanzierungsmittel
 - **Staat** (laufender HH) sollte langfristig **ausgeglichen** budgetieren
 - **Ausland** sollte langfristig **ausgeglichen** budgetieren (ausgeglichene LB und KVB)

Wenn der Staat spart muss ein anderer Sektor entsparen = mehr konsumieren

- **Die Unternehmen müssen mehr investieren** (in/nach der Krise ein frommer Wunsch)
- **Das Ausland muss uns mehr abkaufen** → internationales Sparparadoxon
- **Die Haushalte müssen mehr konsumieren** ☒ **Stärkung der inländischen und europäischen Binnennachfrage!!!**

Umbau des Steuer- und Transfersystems

- **Stärkung der Nachfrage** → Umverteilung von jenen die eher sparen zu jenen die mehr konsumieren.
- Österreich hat zwar **eine hohe Steuerquote – belastet aber falsch**
 - Wiedereinführung einer **Erbschaftssteuer**
 - Wiedereinführung einer **Vermögensteuer**
 - **Entlastung der Leistungs- und Arbeitseinkommen** im unteren Bereich
 - **Abgaben auf public bads** (Umweltabgaben, Tabaksteuern, Glückspiel, ...),
- **Abbau von Privilegien und regressive Elemente** im Steuer- und SV-System
 - Begünstigte Besteuerung des 13. u. 14 Monatsgehalts (6%) ist für Besserverdiener vorteilhaft – besser wäre ein höherer Freibetrag
 - Abschaffung der Begünstigung bei Ausübung von Aktienoptionen der Manager
 - Das SV-System ist regressiv – ab 4.110 € brutto zahlt man die gleichen
 - Abkehr vom Versicherungsprinzip: Finanzierung des sozialen Netzes über das Budget und nicht über Beiträge
 - 60 Mrd. € sind in Stiftungen geparkt 65% davon sind Finanzvermögen. Stiftungen sind für die reale Wirtschaft irrelevant
- **Steuerliche Anreize schaffen um Ersparnisse in den realwirtschaftlichen Sektor zu lenken** und nicht in den Finanzsektor – falsche Anreize abschaffen
 - **Zumindest faire** = gleiche Besteuerung von Einkommen aus unterschiedlichen Quellen (Tischler)
 - **Vermögenszuwachssteuer**; Abschaffung der Spekulationsfrist + Meldepflicht
 - **Finanztransaktionssteuer**, Börsenumsatzsteuer, Tobin-tax – Belasten vorwiegend die spekulativen oftmaligen Transaktionen jedoch nicht den langfristigen Verkehr
 - Orientierung der Managerboni am langfristigen Erfolg

Vermögenssteuer und Mythen

- Vermögenssteuern treffen NICHT die Häuslbauer und den Mittelstand;
- Vermögenssteuern sind NICHT leistungsfeindlich;
- Vermögenssteuern führen NICHT zu Kapitalflucht, weil
 1. der größte Teil der Vermögen immobil ist und
 2. die anderen EU-Länder Vermögen stärker besteuern;
- NICHT nur Vermögenssteuern besteuern, was schon besteuert wurde, Verbrauchsteuern (wie z.B. die Mehrwertsteuer) tun das auch;
- Vermögenssteuern sind NICHT unergiebig. Eine modifizierte Vermögenssteuer (0,5%, ohne Unternehmen, Freibeträge) würde 2,7 Mrd. € pro Jahr zusätzlich bringen (Schulmeister, ZSI, 2006).

Erbschaftssteuer und Mythen

Doppelbesteuerung: „Bei Ererbtem handelt es sich zum Teil um schon mehrfach versteuertes Vermögen, zum Teil mit dem Spitzensteuersatz.“ (Wolfgang **Schüssel**, Der Standard vom 14.03.2007, S. 7)

- Das Argument wird auch gegen die Vermögenssubstanzsteuer vorgebracht – gilt aber bei der Erbschaftssteuer noch weniger: Der Erbe selbst hat ja noch keine Steuer bezahlt.

Hoher Verwaltungsaufwand: Die Erbschaftssteuer kostet mehr als sie bringt.

- Die Gehaltskosten der Beamten der Gebührenabteilung, die auch viele andere Verkehrssteuern u. Gebühren einheben belaufen sich auf 10 Mio. €. Die alte Erbschaftssteuer hat das 140 Mio. € gebracht. Eine modifizierte progressive Erbschaftssteuer mit einer Freigrenze von 100.000 € und einer Erberssatzsteuer für Stiftungen würde ein Aufkommen von 1,1 Mrd. € bringen (Schulmeister, ZSI, 2006).

Standortfeindlich: Die Erbschaftssteuer belastet die Betriebsübernahme und führt zu Abwanderungen.

- (i) sollten gesunde Betriebe in der Lage sein diese einmalige Belastung durch Verteilung über die Zeit durch Gewinn zu finanzieren, (ii) reduzieren Freibeträge die Steuer und (iii) könnten (wie international üblich) spezielle Regelungen für das Erben von Betrieben vorgesehen werden – z. B. Reduktion der Steuer bei längerer Behaltefrist.

Erbschaftssteuer ist Leistungsfeindlich.

- Erbschaften sind leistungsloses Einkommen. Wer unversteuert erbt braucht weniger zu arbeiten und muss nicht so viel sparen.

Erbschaftssteuer trifft den Mittelstand: „Die Erbschafts- und Schenkungssteuer ist ausschließlich eine Belastung für den Mittelstand.“ (Wilhelm **Molterer**, OTS vom 14.03.2007) Nach Abschaffung der Erbschaftssteuer rühmte sich die ÖVP in einem Werbesujet, dass nun „Mama unser Haus doch nicht verkaufen muss“.

- 62% aller HH erben nicht; Es erben vorwiegend HH mit hohem Nettoeinkommen und hohem Nettovermögen. 97% der Erben erben ein Vermögen von unter 73.000. Bei der alten Vermögensteuer haben die vier größten Erbschaften für rund 25% des Erbschaftssteueraufkommens gesorgt.

Stiftungen und Mythen

- **Steuerbegünstigungen für Privatstiftungen will der Finanzminister nicht antasten, denn diese bzw. die stiftenden Unternehmen und Privaten seien "Leistungsträger".** („Der Standard“, 25.11.2009)
- ➔ „Eigennützige“ Privatstiftungen existieren in Österreich seit 1993. Sie sind keine Leistungsträger – sie produzieren nichts und schaffen keinen Mehrwert - sondern sind juristische Personen, die Vermögen verwalten
- **„Die 3.100 Stiftungen schaffen und sichern Arbeitsplätze. Alleine 150.000 neue Jobs wurden geschaffen. Insgesamt sind in Österreich über 400.000 Arbeitsplätze durch Privatstiftungen gesichert. Stiftungen sind kein Privileg für Superreiche. Sie sichern Jobs, Wohlstand und leisten einen großen Beitrag für den Kunst- und Kulturstandort.“** Josef Pröll, Finanzminister (OTS-Aussendung vom 19.5.2009)
- **„Rund 400.000 Arbeitsplätze werden in Österreich durch Stiftungen gesichert.“** Wolfgang Schüssel („Die Presse“ vom 11.6. 2008)
- ➔ Die zitierten 150.000 neuen bzw. 400.000 bestehenden Jobs sind Arbeitsplätze in produzierenden Unternehmen, die lediglich von den Stiftungen gehalten werden. Würde es diese Stiftungen nicht geben, würden diese Unternehmen noch immer existieren und in Österreich produzieren – Diese Unternehmen haben sich nicht in Österreich angesiedelt weil Stiftungen bestehen, sondern weil der Standort günstig war und ist.
- **„Ich habe daher als Finanzminister großes Interesse, dass das Kapital und Vermögen aus Stiftungen in Österreich bleibt.“** Josef Pröll, Finanzminister (OTS-Aussendung vom 19.5.2009)
- ➔ Ob Superreiche ihr Vermögen in Österreich oder im Ausland verwalten ist für den Wirtschaftsstandort egal!
- ➔ Nicht egal ist – wo sie die Einkünfte aus diesem Vermögen versteuern. Lacina hat beim internationalen Steuerwettbewerb mitgespielt und hat versucht die Supervermögen aus der Schweiz und Liechtenstein in das neue Steuerparadies Österreich zu locken – um nun **mehr** Vermögen **geringer** zu besteuern. Allerdings werden nun auch die Supervermögen die bereits im Inland waren mit den begünstigten Sätzen versteuert – der Steuerexperte Werner Doralt schätzt den Nettoeffekt als negativ für das österr. Budget.
- **„Ich liebe Wettbewerb!“,** K.H Grasser, ehem. Finanzminister auf die Frage wie er zum internationalen Steuerwettbewerb stehe
- ➔ An statt beim internationalen Steuerwettbewerb eine Vorreiterrolle zu spielen und Österreich zur Steueroase Nr. 1 zu machen - sollten alle diplomatischen Hebel in Bewegung gesetzt werden um diese Form des Wettbewerbs durch internationale Koordination einzudämmen.
- ➔ Für diese dumme Antwort gilt – wie immer – die Unschuldsvermutung

Wer sollte das bezahlen?

- Die Spekulanten (Allgemeine Finanztransaktionssteuer)
- Die Reichen
- Die Vermögenden
- Die Stifter

Aber nicht (nur) deswegen, weil es „gerecht“ wäre
– sondern deswegen, weil es „**vernünftig**“ ist!

Wer wird das bezahlen?

	2011	2012	2013	2014	2011 - 2014	
Ausgabenseitige Konsolidierung in Mrd. €	1,4	2,0	2,2	2,5	8,1	
davon: <i>Arbeit, Soziales (bessere Konjunktur, Pflege)</i>	0,21	0,29	0,32	0,36	1,17	14%
<i>Sozialversicherung (Pensionen)</i>	0,26	0,31	0,37	0,45	1,39	17%
<i>Familie und Jugend (FbH)</i>	0,29	0,32	0,32	0,32	1,26	16%
<i>Unterricht (Schülerzahl+Bauten), Kunst u. Kultur</i>	0,11	0,18	0,21	0,23	0,74	9%
Einnahmenseitige Konsolidierung in Mrd. €	1,2	1,6	1,8	2,1	6,7	
Unternehmens und Vermögensbez. St.	0,55	0,90	1,05	1,32	3,82	57%
davon: <i>Bankenabgabe (wird überwältzt)</i>	0,50	0,50	0,50	0,50	2,00	30%
<i>Abschaffung Kreditvertragsgebühr</i>	-0,15	-0,15	-0,15	-0,15	-0,60	-9%
<i>Vermögenszuwachssteuer</i>	0,03	0,05	0,10	0,25	0,43	6%
<i>Stiftungsvorteile</i>	0,05	0,08	0,08	0,10	0,31	5%
<i>Betrugsbekämpfung</i>	0,10	0,20	0,30	0,40	1,00	15%
<i>kein Abzug von Fremdkapitalzinsen</i>	0,00	0,20	0,20	0,20	0,60	9%
KFZ-Paket (MÖSt, NoVA)	0,47	0,52	0,55	0,55	1,61	24%
Tabaksteuer	0,10	0,15	0,15	0,15	0,45	7%

Quelle: B. Rossmann; Vortrag am 13. 12. 2010 im Forum für soziale Gerechtigkeit

Wer wird das bezahlen?

- Die Familien
- Die Pensionisten
- Die Pflegebedürftigen
- Die Massen (Bankkunden, Autofahrer, Raucher)

Aber nicht deswegen, weil es „gerecht“ oder weil es „vernünftig“ ist, dass „jeder seinen Beitrag leistet“, sondern deswegen, weil diejenigen die zahlen sollten, die bessere politische Lobby haben!